

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	IX
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXV
Literaturverzeichnis	XLIII

Erster Teil Arbeitsrechtliche Aspekte

§ 1 Von der Kündigung und ihren Wirkungen	3
I. Problemübersicht	3
II. Gültigkeitsvoraussetzungen der Kündigung	4
1. Kündbarkeit des Vertrags	5
a) Ordentliche Kündbarkeit	5
b) Ausschluss der Kündbarkeit während gesetzlicher Sperrzeiten	6
c) Ausserordentliche Kündbarkeit	6
2. Rechtsgenügende Kündigungserklärung	7
a) Form	7
b) Inhalt	7
c) Zugang	9
3. Kein Verstoß gegen Schutzvorschriften mit Nichtigkeits- oder Anfechtbarkeitsfolge	10
III. Wirkungen der Kündigung	10
1. Vertragsbeendigung	11
a) Zeitpunkt des Eintritts der Beendigungswirkung	11
aa) Vertragliche Kündigungsfristen	11
bb) Gesetzliche Kündigungsfristen	12
cc) Verlängerung der Kündigungsfrist infolge Kündigungsschutzes	13
b) Nebenfolgen der Vertragsbeendigung	13
aa) Fälligkeit der Forderungen aus dem Arbeitsverhältnis	14

bb) Herausgabe- und Rückerstattungspflichten	14
cc) Fortwirkungen der Treuepflicht	15
2. Rechtslage in der Zeit zwischen Kündigung und Ablauf der Kündigungsfrist	16
a) Freizeit für die Stellensuche	16
b) Ferienbezug während der Kündigungsfrist	17
c) Freistellung	19
✗ 3. Finanzielle Folgen der Kündigung	21
a) Restlohnforderungen	22
aa) Zeitlicher Umfang des Lohnanspruchs	22
bb) Lohnhöhe	23
b) Überstundenvergütungen	24
c) Gratifikationen	28
d) Ferienabgeltung und -rückerstattung	32
e) Abgangsentschädigungen	34
f) Ansprüche aus Kündigungsschutz	34
g) Schadenersatzansprüche des Arbeitgebers	35
4. Anspruch auf schriftliche Begründung der Kündigung	35
5. Exkurs: Anspruch auf Ausstellung eines Arbeitszeugnisses	37
a) Tragweite des Zeugnisanpruchs	37
b) Ausstellen von Arbeitszeugnissen	38
c) Beurteilen von Arbeitszeugnissen	40
d) Berichtigungsanspruch	42
e) Haftungsfolgen	43
IV. Alternativen zur Kündigung	44
1. Kündigungsdrohung	44
2. Aufhebungsvertrag oder «invernehmliche Auflösung»	45
a) Grenzen der Zulässigkeit	45
b) Zustandekommen	46
c) Willensmängel	47
V. Prozessuales Vorgehen	48
1. Streitbeilegung durch Vergleich	48
2. Fristen für die Klageeinleitung	49

a) Forderungsklagen	49
b) Zeugnisklagen	50
3. Zuständiges Gericht	50
a) Örtliche Zuständigkeit	50
b) Sachliche Zuständigkeit	51
c) Frage der Zulässigkeit von Schiedsvereinbarungen	51
4. Prozessvertretung	52
5. Verfahrensmässige Besonderheiten von arbeitsrechtlichen Zivil- prozessen mit Streitwerten bis zu Fr. 20 000.–	52
a) Kostenlosigkeit	53
b) Untersuchungsgrundsatz	55
c) «Einfaches und rasches Verfahren»	57
VI. Checklisten	57
1. Liegt eine gültige Kündigung vor?	57
2. Was bedeutet die Kündigung konkret?	58
3. Welche Besonderheiten gelten für die Zeit, in der der Arbeit- nehmer in gekündigter Stellung ist?	58
4. Die Geltendmachung welcher Ansprüche ist zu prüfen?	58
§ 2 Kündigungsschutz	61
I. Problemübersicht	61
II. Anwendungsbereich des Kündigungsschutzes	62
1. Bestehen eines gültigen Arbeitsvertrages	62
2. Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch Kündigung	63
3. Unbefristetes Arbeitsverhältnis	63
4. «Kettenarbeitsverträge»	63
5. Probearbeitsverhältnisse	64
III. Sachlicher Kündigungsschutz	65
1. Missbrauchstatbestände	65

a) Kündigung wegen einer persönlichen Eigenschaft	66
b) Kündigung wegen der Ausübung von verfassungsmässigen Rechten	67
c) Kündigung zur Vereitelung von Ansprüchen aus dem Arbeitsverhältnis	67
d) Rache Kündigung	68
e) Kündigung wegen Militärdienstes oder einer anderen nicht freiwillig übernommenen gesetzlichen Pflicht	68
f) Kündigung wegen Gewerkschaftszugehörigkeit	69
g) Kündigung wegen der Amtsführung als gewählter Arbeitnehmervertreter	69
h) Kündigung aus zwei oder mehreren Gründen, von denen nur einer missbräuchlich ist	70
j) Beweisfragen	70
2. Rechtsfolgen missbräuchlicher Kündigung	70
a) Rechtsverletzungsbusse	71
b) Schadenersatz und Genugtuung	71
3. Prozessuales Vorgehen	72
a) Einsprache	72
b) Klage	73
IV. Zeitlicher Kündigungsschutz	73
1. Sperrfristen	73
a) Schweizerischer obligatorischer Militärdienst, Zivildienst, Militärischer Frauendienst oder Rotkreuzdienst	74
b) Krankheits- oder unfallbedingte Arbeitsunfähigkeit	74
c) Schwangerschaft und Niederkunft	74
d) Dienstleistung für eine Hilfsaktion im Ausland	75
e) Vertretung des Vorgesetzten oder des Arbeitgebers während Militärdienst oder ähnlichen Dienstleistungen	75
2. Wirkungen der Sperrfristen	75
a) Ungültigkeit der während einer Sperrfrist ausgesprochenen Kündigung	75
b) Verlängerung der Kündigungsfrist bei Eintritt eines Sperrtatbestandes nach bereits erfolgter Kündigung	76
aa) Berechnung der verlängerten Kündigungsfrist	76

bb) Voraussetzungen und zeitlicher Rahmen der Fortdauer des Lohnanspruchs während der verlängerten Kündi- gungsfrist	76
3. Prozessuales Vorgehen	78
V. Schutz gegen ungerechtfertigte fristlose Entlassung	79
1. «Wichtige Gründe»	79
a) Begriff	79
b) Beispiele aus der Gerichtspraxis	80
c) Obliegenheit unverzüglicher Geltendmachung	80
2. Rechtsfolgen ungerechtfertigter fristloser Kündigung	81
a) Lohnersatz	81
b) Rechtsverletzungsbusse	81
c) Folgen des ungerechtfertigten fristlosen Verlassens der Arbeitsstelle	82
3. Prozessuales Vorgehen	82
VI. Checklisten	83
1. Schutz gegen missbräuchliche Kündigung	83
2. Schutz gegen unzeitige Kündigungen	84
3. Schutz gegen ungerechtfertigte fristlose Kündigungen	84
§ 3 Massenentlassung	85
I. Problemübersicht	85
II. Allgemeiner Anwendungsbereich	87
1. Räumlicher Geltungsbereich	87
2. Zeitlicher Geltungsbereich	89
3. Sachliche Geltung	89
a) Privatrechtliche Anstellungen	89
b) Keine behördliche Anordnung	89
III. Voraussetzungen	91

1. Zu berücksichtigende Kündigungen	91
a) Kündigung des Arbeitgebers	91
b) Kündigungsgrund	94
c) Änderungskündigungen	96
d) Kündigungen im Probeverhältnis	98
e) Fristlose Kündigung	99
2. Mindestanzahl der Kündigungen	100
a) Anzahl der Kündigungen	101
b) Betrieb	102
c) Zeitraum von 30 Tagen	102
✓ 3. Beendigung des Arbeitsverhältnisses wegen der Massenentlassung?	103
IV. Vom Arbeitgeber einzuhaltendes Entlassungsverfahren	103
1. Konsultationen der Arbeitnehmerschaft	104
2. Mitteilung an das Arbeitsamt	107
3. Zeitpunkt der Kündigungen	108
V. Rechtsfolgen bei Verletzung von Verfahrensvorschriften	110
1. Unterlassen der Konsultationen	110
a) Rechtsverletzungsbusse	110
b) Schadenersatz	111
c) Realerfüllung	113
2. Unterlassen der Mitteilung an das Arbeitsamt	113
a) Verlängerung der Kündigungsfrist	113
b) Verwaltungsrechtliche Folgen	115
VI. Geltendmachung der Ansprüche	115
1. Klage auf Lohnzahlung	115
2. Geltendmachung der Entschädigung	116
3. Zuständigkeit	117
4. Klagelegitimation (insbesondere der Verbände)	118
5. Beweislast	118

VII. Checklisten	120
1. Vor dem Aussprechen von Entlassungen	120
2. Vor dem Geltendmachen von Forderungen auf Grund von Massenentlassungen	121
§ 4 Kündigung und kollektives Arbeitsrecht	123
I. Problemübersicht	123
II. Gesamtarbeitsvertrag (GAV): Inhalt und Bedeutung für den Einzel- arbeitsvertrag	124
1. Inhalt des Gesamtarbeitsvertrages	124
2. Bindung an den GAV	125
3. Beendigung des GAV	125
III. Einzelarbeitsvertragliche Kündigungsschutzbestimmungen im GAV	125
1. Gesetzlicher Rahmen	125
2. Prinzip der Kündigungsfreiheit	126
3. Vorbehalt der fristlosen Auflösung gemäss Art. 337 OR	127
4. Zulässige Kündigungsbeschränkungen	127
IV. Rechtslage nach Beendigung des GAV	128
1. Beendigung des GAV	128
2. Auflösung des GAV aus wichtigem Grund und Neuverhand- lungen im Krisenfall	129
3. Prinzip der Nachwirkung des GAV	130
4. Nachwirkung auch der Kündigungsbeschränkungen?	131
5. Besonderheiten bei Massenänderungskündigungen	132
V. Sozialplan	132
1. Anspruch auf einen Sozialplan	132
2. Sozialplan und Anhörungsrechte	133

3. Abschluss und Inhalt eines Sozialplanes bei Fehlen eines gesamtarbeitsvertraglichen Anspruchs	134
VI. Kündigung wegen Teilnahme am Arbeitskampf	134
1. Arbeitskampffreiheit	134
2. Teilnahme am Arbeitskampf und der Arbeitsvertrag	135
3. Rechtmässigkeit des Arbeitskampfes	135
§ 5 Konkurrenzverbot	139
I. Problemübersicht	139
II. Geltungsvoraussetzungen	140
1. Abschlussvoraussetzungen	141
a) Handlungsfähigkeit der verpflichteten Person	141
b) Schriftform	141
2. Wirkungsvoraussetzungen	142
a) Einblick in den Kundenkreis	143
b) Einblick in Fabrikations- oder Geschäftsgeheimnisse	144
c) Schädigungsmöglichkeit	145
3. Dahinfallen des Konkurrenzverbotes	146
a) Wegfall mangels Interesses des Berechtigten	146
b) Wegfall infolge der Kündigungsumstände	146
c) Verzicht und Aufhebungsvertrag	149
III. Inhalt und Umfang des Konkurrenzverbotes	149
1. Verbotene Tätigkeit	149
a) Betreiben eines Konkurrenzunternehmens	150
b) Teilnahme an einem Konkurrenzunternehmen	150
2. Interessenabwägung	151
a) Erschwerung des wirtschaftlichen Fortkommens	152
b) Karenzentschädigung	153
3. Objektive Grenzen	154
a) Räumliche Begrenzung	154

b) Zeitliche Begrenzung	155
c) Inhaltliche Begrenzung	156
4. Reduktion übermässiger Verbote	157
IV. Verletzung des Konkurrenzverbotes	158
1. Schadenersatz als Grundregel	158
2. Konventionalstrafe als Normalfall	159
3. Erfüllungsanspruch (Realexekution) als Ausnahme	160
4. Exkurs: Parallele Ansprüche aus UWG	162
V. Prozessuales Vorgehen	162
1. Beweisrechtliches	162
2. Feststellungsklage der verpflichteten Person	163
3. Verletzungsklage des berechtigten Arbeitgebers	164
4. Provisorischer Rechtsschutz	165
VI. Checkliste	167
§ 6 Beendigung öffentlicher Dienstverhältnisse	169
I. Problemübersicht	170
II. Grundlagen	171
1. Gesetzliche Regelung der Dienstverhältnisse im öffentlichen Recht	171
a) Grundsatz	171
b) Arten öffentlichrechtlicher Dienstverhältnisse	172
2. Die Begründung und Ausgestaltung von Dienstverhältnissen im öffentlichen Recht	175
3. Übersicht über die Beendigungsgründe	177
III. Ordentliche Beendigung öffentlichrechtlicher Dienstverhältnisse . .	178
1. Ordentliche Beendigung des Beamtenverhältnisses	178

a) Nichtwiederwahl	178
b) Demission auf den Ablauf der Amtsdauer hin	180
2. Ordentliche Beendigung von Angestelltenverhältnissen	181
a) Beendigung Verfügungsbegründeter Angestelltenverhältnisse	181
b) Beendigung von öffentlichrechtlichen Dienstverträgen . . .	182
3. Ordentliche Pensionierung	184
IV. Ausserordentliche Beendigung öffentlichrechtlicher Dienstverhältnisse	185
1. Die «wichtigen Gründe» als übergeordnetes Kriterium	185
2. Administrative Entlassung	187
3. Disziplinarische Entlassung	188
4. Demission während der Amtsdauer	189
5. Ausserordentliche flexible Pensionierung	190
6. Stellenaufhebung	191
V. Auflösung privatrechtlicher Dienstverhältnisse	194
1. Ordentliche Auflösung	195
2. Ausserordentliche Auflösung	195
3. Unterschiede zum öffentlichrechtlichen Dienstverhältnis	196
VI. Beendigungsfolgen	196
1. Wirksamkeit einer ungerechtfertigten Beendigung	196
2. Vermögensrechtliche Folgen der Beendigung	198
a) Vermögensrechtliche Folgen aus dem Dienstverhältnis . . .	198
b) Vermögensrechtliche Folgen aus dem Kassenverhältnis . . .	199
VII. Verfahren und Rechtsschutz	200
1. Verfahren	200
2. Rechtsschutz	201
a) Bundesrechtliche Dienstverhältnisse	201

aa)	Der Rechtsschutz bei Streitigkeiten mit einer Personalvorsorgeeinrichtung	202
bb)	Der Rechtsschutz bei den übrigen Streitigkeiten	202
	<i>Die Beschwerdeinstanzen</i>	202
	<i>Die Beschwerdemöglichkeiten</i>	203
cc)	Der Rechtsschutz aufgrund des Gleichstellungsgesetzes	205
b)	Kantonale Dienstverhältnisse	206
aa)	Der Rechtsschutz auf kantonaler Ebene	206
bb)	Der Rechtsschutz auf Bundesebene	206
c)	Privatrechtliche Dienstverhältnisse	207
VIII.	Checklisten	208
1.	Welcher Art war das beendigte Dienstverhältnis?	208
2.	Wie wurde das Dienstverhältnis beendet?	208
a)	Öffentlichrechtliche Dienstverhältnisse	208
b)	Privatrechtlicher Arbeitsvertrag	209
3.	Die Geltendmachung welcher Ansprüche ist zu prüfen?	209

Zweiter Teil

Gleichstellungsrechtliche Aspekte

§ 7	Diskriminierende Entlassung	213
I.	Problemübersicht	213
II.	Tatbestände der diskriminierenden Entlassung	215
1.	Direkte und indirekte Diskriminierung	215
2.	Vorbehalt der sachlichen Rechtfertigung einer geschlechtsbezogenen Unterscheidung	217
3.	Bedeutung des Vorbehalts angemessener Massnahmen zur Verwirklichung der tatsächlichen Gleichstellung für die Entlassung	218
4.	Verhältnis zwischen der diskriminierenden Kündigung (Art. 3 GlG) und der missbräuchlichen Kündigung wegen einer persönlichen Eigenschaft (Art. 336 Abs. 1 lit. a OR)	219

5. Sonderfall der diskriminierenden Kündigung in der Form einer fristlosen Kündigung	219
a) Wichtiger Grund	219
b) Anwendung der verfahrensrechtlichen Erleichterungen des Gleichstellungsgesetzes	220
c) Sanktion gemäss Art. 337c Abs. 3 OR	220
III. Rechtsfolgen einer diskriminierenden Entlassung	221
1. Kein Bestandesschutz im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis; Grundsatz und Ausnahmen	221
a) Grundsatz: Kein Bestandesschutz im privatrechtlichen Ar- beitsverhältnis	221
b) Sonderfall der Rache Kündigung im Sinne von Art. 10 GIG	221
c) Sonderfall der Kündigung, die unter Berufung auf die Schwangerschaft während der entsprechenden Sperrfrist (Art. 336c Abs. 1 lit.c OR) erfolgt	222
2. Anspruch auf Entschädigung	222
3. Ansprüche auf Schadenersatz und Genugtuung	223
4. Weitergehende einzel- oder gesamtarbeitsvertragliche Ansprüche	225
5. Anspruch auf Feststellung der diskriminierenden Kündigung	225
a) Frage eines individuellen Feststellungsanspruches	225
b) Feststellungsanspruch von Organisationen mittels der Ver- bandsklage im Sinne von Art. 7 GIG	227
6. Aufhebung der diskriminierenden Entlassungsverfügung beim öffentlichrechtlichen Arbeitsverhältnis	227
IV. Prozessuales Vorgehen	227
1. Verfahrensrechtliche Rechtsgrundlagen	227
a) Kündigung eines privatrechtlichen Arbeitsverhältnisses	227
b) Beendigung eines öffentlichrechtlichen Arbeitsverhältnisses	228
2. Vorprozessuale interne Einsprache gegen die diskriminierende Kündigung eines privatrechtlichen Arbeitsverhältnisses	228
a) Frist	228
b) Form	229
c) Einsprecher und Adressat	229

d) Frist- und formgerechte Einsprache als Voraussetzung der Klage auf Entschädigung	229
3. Schlichtungsverfahren	230
a) Die kantonalen Schlichtungsstellen	230
b) Obligatorische oder fakultative Anrufung der Schlichtungs- stelle	231
c) Frist für die Anrufung der Schlichtungsstelle	231
d) Form des Schlichtungsbegehrens	232
e) Kostenlosigkeit des Verfahrens	232
f) Parteivertretung	232
g) Wirkungen des Zustandekommens bzw. Nichtzustande- kommens eines Vergleichs	232
4. Gerichtliches Verfahren	233
a) Zuständiges Gericht	233
b) Einfaches und rasches Verfahren unabhängig vom Streitwert	233
c) Kein Ausschluss des schriftlichen Verfahrens	233
d) Recht auf Prozessvertretung	234
e) Untersuchungsmaxime und freie Beweiswürdigung	235
f) Beweiserleichterung: Ausreichen der Glaubhaftmachung der diskriminierenden Kündigung	235
g) Kostenrisiko	236
5. Besonderheiten der zivilrechtlichen Klage auf Entschädigung	237
a) Parteien	237
b) Form- und fristgerechte Einsprache beim Kündigenden als Klagevoraussetzung	237
c) Frist für die Klageeinreichung	237
aa) Beginn des Fristenlaufs	237
bb) Direkte Klage ohne Anrufung der Schlichtungsstelle	238
cc) Klage im Nachgang an das Schlichtungsverfahren	238
6. Besonderheiten der Klage auf Schadenersatz und Genugtuung sowie weitergehende vertragliche Ansprüche	239
a) Parteien	239
b) Fristen	239
7. Besonderheiten der Klagen und Beschwerden von Organisa- tionen (Art. 7 GIG)	239
a) Parteien	239
b) Beschränkung auf Feststellung im eigenen Namen	240

c) Klagevoraussetzungen	240
d) Geltung der allgemeinen gleichstellungsrechtlichen Ver- fahrenserleichterungen für die Verbandsklage	240
e) Fristen	240
8. Koordination zwischen klagender Organisation und betroffener Person	241
V. Checkliste	243
§ 8 Rache Kündigung	245
I. Problemübersicht	245
II. Tatbestandselemente	246
1. Sachliche Voraussetzung: Diskriminierungs-Verfahren	246
2. Zeitliche Voraussetzung	248
3. Kein begründeter Anlass	249
4. Beweislast	251
III. Rechtsfolgen	251
1. Kündigungsschutz	252
2. Entschädigung	254
IV. Verfahren	254
1. Schlichtungsverfahren	255
2. Klagefristen	256
3. Begehren um vorsorgliche Wiedereinstellung	256
4. Interne Einsprache als Voraussetzung der Entschädigungsklage	256
5. Verfahrensgrundsätze	257
V. Checkliste	257
1. Liegt ein obligationenrechtliches Arbeitsverhältnis vor? (Art. 8 ff. GIG).	257

2. Ist Abhilfe gegen eine geschlechtsbezogene Benachteiligung verlangt worden? (Art. 10 Abs. 1 GlG).	257
a) Entweder durch die entlassene Person	257
b) Oder durch einen Verband	257
3. Liegt ein begründeter Anlass für die Kündigung vor? (Art. 10 Abs. 1 GlG).	258
4. Anfechtung der Entlassung:	258
5. Entschädigung:	258

Dritter Teil Vorsorgerechtliche Aspekte

§ 9 System der beruflichen Vorsorge	261
I. Problemübersicht	261
II. Grundlagen	262
1. Verfassungsmässige Verankerung und gesetzliche Regelungen	262
2. Vorsorgeeinrichtungen	263
a) Die Vorsorgeeinrichtung als Trägerin der beruflichen Vorsorge	263
b) Typen von Vorsorgeeinrichtungen	267
c) Reglementarische Bestimmungen der Vorsorgeeinrichtungen und ihre Auslegung	268
d) Verwaltung und Kontrolle der Vorsorgeeinrichtungen	269
3. Leistungen der beruflichen Vorsorge	271
a) Obligatorische Leistungen	271
b) Überobligatorische Leistungen	273
4. Finanzierung der beruflichen Vorsorge und Insolvenzdeckung	275
III. Versicherungspflicht und Recht zur Versicherung	277
1. Obligatorische Vorsorge	278
2. Überobligatorische Vorsorge	280

IV.	Rechtspflege und Verjährung von Ansprüchen gemäss BVG	281
1.	Klageweg und Verjährung von Ansprüchen	282
2.	Verwaltungsrechtsweg	285
V.	Exkurs: Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vor- sorge	286
§ 10 Berufliche Vorsorge und Stellenwechsel		289
I.	Problemübersicht	289
II.	Freizügigkeit	289
1.	Austrittsleistung	290
a)	Höhe	290
aa)	Allgemeiner gesetzlicher Rahmen	290
bb)	Technische Austrittsleistung und Mindestbetrag im einzelnen	291
b)	Anspruch, Fälligkeit, Verwendung	292
2.	Teilhabe am Liquidationsergebnis	295
a)	Freie Mittel	296
b)	Technischer Fehlbetrag	297
III.	Informationspflichten	298
1.	Austritt aus der Vorsorgeeinrichtung	298
2.	Eintritt in eine Vorsorgeeinrichtung	299
IV.	Erhaltung des Vorsorgeschutzes	300
1.	Vorsorgeschutz durch die bisherige Vorsorgeeinrichtung	301
2.	Vorsorgeschutz durch die neue Vorsorgeeinrichtung	302
3.	Abgrenzung des Risikoschutzes beim Stellenwechsel	304
a)	Obligatorische berufliche Vorsorge	304
b)	Überobligatorische berufliche Vorsorge	306
c)	Rückerstattung der Austrittsleistung bei nachträglichen Risikoleistungen	306

4. Vorsorgeschutz durch die Auffangeinrichtung	307
5. Vorsorgeschutz durch eine Freizügigkeitseinrichtung	307
a) Freizügigkeitspolice	308
b) Freizügigkeitskonto	309
V. Checklisten	309
1. Beginn eines neuen Arbeitsverhältnisses	310
2. Ende des Arbeitsverhältnisses, Beginn eines neuen Arbeits- verhältnisses und Aufnahme in die neue Vorsorgeeinrichtung . .	310
3. Ende des Arbeitsverhältnisses, Bezug von Taggeldern der Arbeitslosenversicherung	311
4. Ende des Arbeitsverhältnisses und weder Fall 2 noch Fall 3 . . .	311

Vierter Teil

Aspekte des Sozialversicherungsrechts im engeren Sinne

§ 11 Arbeitslosenversicherung	315
I. Problemübersicht	315
II. Grundlagen	316
III. Anspruchsvoraussetzungen	320
1. Arbeitslosigkeit	320
2. Anrechenbarer Arbeitsausfall	321
3. Beitragszeit	322
a) Erfüllung der Beitragszeit	322
b) Befreiung von der Erfüllung der Beitragszeit	323
4. Vermittlungsfähigkeit	324
a) Vermittlungsbereitschaft	325
b) Zumutbare Arbeit	325
c) Arbeitsfähigkeit und Verfügbarkeit	326
5. Erfüllung der Kontrollvorschriften	327

IV.	Geltendmachung des Anspruchs	328
V.	Leistungen der Arbeitslosenversicherung	329
1.	Versicherter Verdienst	329
a)	Ermittlung des versicherten Verdiensts aufgrund des früheren Einkommens	329
b)	Pauschalansätze für den versicherten Verdienst	331
2.	Wartezeiten	331
a)	Allgemeine Wartezeit	331
b)	Besondere Wartezeiten	332
3.	Dauer des Taggeldanspruches	332
a)	Allgemeiner Taggeldanspruch	333
b)	Besonderer Taggeldanspruch	333
4.	Höhe des Taggeldanspruches	335
5.	Ausgleichszahlungen bei Zwischenverdienst	336
6.	Vorzeitige Pensionierung	337
7.	Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit	338
8.	Einstellung in der Anspruchsberechtigung (Sperrtage)	340
VI.	Exkurs: Die Versicherungssituation der Erwerbslosen	345
1.	Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung	345
2.	Berufliche Vorsorge	345
3.	Unfallversicherung	346
4.	Kranken- und Mutterschaftsversicherung	346
VII.	Sonderfall Insolvenzenschädigung	347
VIII.	Verfahren und Rechtsschutz	350
IX.	Checklisten	352
1.	Arbeitslosenentschädigung	352
a)	Beendigung des Arbeitsverhältnisses	352
b)	Anspruchsvoraussetzungen	352

c) Geltendmachung des Anspruchs	353
d) Arbeitslosentaggelder	353
e) Versicherungssituation	354
2. Insolvenzenschädigung	354

§ 12 Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV/IV) 355

I. Problemübersicht	355
II. Grundlagen	355
1. Allgemeines	355
2. Versicherungs- und Beitragspflicht	356
a) Versicherungspflicht	356
b) Beiträge	356
c) Beitragsschuldner	357
d) Individuelle Konten	357
3. Einfluss der Beiträge auf die Leistungen	357
4. AHV/IV und Beendigung von Arbeitsverhältnissen	358
III. Vermeiden von Beitragslücken	358
1. Auszug aus dem individuellen Konto	359
2. Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit	359
3. Aufgabe der Erwerbstätigkeit	360
4. Ersatzeinkommen	361
IV. Wegzug aus der Schweiz	361
1. Schweizer	361
2. Ausländer	361
V. Beitragsfragen	362
1. Abgangsentschädigungen, freiwillige Vorsorgeleistungen	362
2. Leistungen aus Kündigungsschutz	363

VI. Verfahren und Rechtsschutz	363
§ 13 Krankenversicherung	367
I. Problemübersicht	367
II. Grundlagen	368
1. Arbeitsverhältnis und Krankenversicherung	368
2. Krankenpflegeversicherung	368
a) Umschreibung	368
b) Gesetzliche Versicherungspflicht	369
3. Taggeldversicherung	369
a) Umschreibung sowie Abgrenzungen	369
b) Soziale und private Taggeldversicherung	370
c) Bedeutung einer vertraglichen Versicherungspflicht	371
III. Aufrechterhaltung des Versicherungsschutzes	371
1. Krankenpflegeversicherung	371
a) Grundsatz: Automatische Weiterversicherung	371
b) Sonderfälle	372
aa) Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland (insbesondere auf fremdenpolizeiliche Anordnung hin)	372
bb) Entsandte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen	372
cc) Grenzgänger und Grenzgängerinnen	373
2. Taggeldversicherung gemäss Art. 67 ff. KVG	373
a) Weiterführung einer Einzelversicherung	373
b) Übertritt von einer Kollektiv- in eine Einzelversicherung	373
3. Exkurs: Taggeldversicherung gemäss VVG	375
a) Weiterführung einer Einzelversicherung	375
b) Übertritt von einer Kollektiv- in eine Einzelversicherung	375
IV. Versicherungsschutz bei bereits eingetretenem Versicherungsfall	376
1. Krankenpflegeversicherung	376
a) Fortdauer des Leistungsanspruchs bei Bestehenbleiben der Versicherungsdeckung	376

b) Ende jedes Leistungsanspruchs bei Ende der Versicherungs- deckung?	377
2. Taggeldversicherung gemäss Art. 67 ff. KVG	378
a) Ausgangslage	378
b) Festlegung des Verdienstauffalls	379
c) Verwertbarkeit der Arbeitsfähigkeit in einem anderen Berufszweig	380
d) Leistungen bei Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland	381
3. Exkurs: Taggeldversicherung gemäss VVG	382
V. Hinweise zu den Zusatzversicherungen	383
VI. Pflichten des Arbeitgebers	383
VII. Verfahren und Rechtsschutz	384
1. Soziale Krankenversicherung	384
2. Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung	384
3. Sonstige Zusatzversicherungen	385
4. Ergebnis	386
VIII. Checklisten	386
1. Versicherungsdeckung	386
2. Handlungsbedarf bei Stellenwechsel und Entlassung	387
3. Handlungsbedarf bei bereits eingetretenem Versicherungsfall	387
4. Handlungsbedarf in bezug auf Zusatzversicherungen	387
5. Handlungsbedarf des Arbeitgebers	387
§ 14 Unfallversicherung	389
I. Problemübersicht	389
II. Grundlagen	390
III. Aufrechterhaltung des Versicherungsschutzes	391

1. Ende der Versicherungsdeckung	391
a) Allgemeines	391
b) Exkurs: Leistungen der sozialen Krankenversicherung	392
2. Anspruch auf mindestens den «halben Lohn» als Voraussetzung für den Fortbestand der Versicherungsdeckung	393
a) Bedeutung	393
b) Grundsatz	394
c) Taggelder	396
d) Weitere Leistungen des Arbeitgebers	398
e) Leistungen ohne Lohncharakter im Sinne von Art. 3 Abs. 2 UVG	398
3. Möglichkeit der Weiterführung der Versicherung durch den Ab- schluss einer Abredeversicherung	399
4. Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit	401
5. Zuständigkeiten	402
6. Ruhen der Versicherung	402
IV. Versicherungsschutz bei bereits eingetretenem Versicherungsfall	403
1. Umfang der Leistungen der obligatorischen Unfallversicherung	403
2. Ende der Leistungspflicht der obligatorischen Unfallver- sicherung	405
3. Rückfälle, Spätfolgen sowie sonstige Änderungen der für die Leistungsausrichtung massgebenden Verhältnisse	405
a) Rückfälle	405
b) Spätfolgen	407
c) Erneuter Unfall	407
d) Revisionsfälle	408
V. Hinweise auf Zusatzversicherungen	409
VI. Pflichten des Arbeitgebers	409
VII. Verfahren und Rechtsschutz	410
VIII. Checklisten	411

1. Vorliegen einer Versicherungsdeckung	411
2. Ende der Versicherungsdeckung bei Stellenwechsel und Entlassung	411
3. Abredeversicherung	411
4. Handlungsbedarf bei bereits eingetretenem Versicherungsfall . .	412
5. Zusatzversicherungen	412
6. Handlungsbedarf auf Seiten des Arbeitgebers	412

Fünfter Teil Steuerrechtliche Aspekte

§ 15 Steuerfolgen von Stellenwechsel und Entlassung 415

I. Problemübersicht	415
II. Zwischenveranlagung	416
1. Warum eine Zwischenveranlagung?	416
2. Exkurs: Die zeitliche Bemessung	416
3. Gesetzliche Regelungen	418
a) Zwischenveranlagung bei der Bundessteuer	418
b) Zwischenveranlagungen im kantonalen Recht	418
4. Voraussetzungen für die Durchführung einer Zwischenveran- lagung	419
a) Qualitative Voraussetzung: Wesentlichkeit der Einkommens- änderung	420
aa) Aufgabe der Haupterwerbstätigkeit	420
bb) Stellenwechsel	421
cc) Änderung des Beschäftigungsgrades	421
dd) Berufswechsel	422
ee) Freiwillige Unterbrechung der Erwerbstätigkeit	422
ff) Arbeitslosigkeit	423
b) Zeitliche Voraussetzung: dauernde Änderung	423
c) Quantitative Voraussetzungen	424

5. Wirkungen	424
III. Abzüge	425
1. Berufsauslagen des unselbständig Erwerbstätigen; Besonderheiten beim Stellensuchenden und Arbeitslosen	425
a) Allgemeines	425
b) Weiterbildungs- und Umschulungskosten im besonderen	426
2. Zweiverdienerabzug	427
3. BVG Abzüge	428
a) 2. Säule	428
b) Säule 3a	429
c) Beiträge von Arbeitslosen	430
IV. Besteuerung von Leistungen	430
1. Allgemeines	430
2. Rentenleistungen des Arbeitgebers	431
3. Abgangsentschädigungen	431
4. Unterstützungsleistungen	432
V. Steuererlass	433
VI. Checklisten	434
1. Soll eine Zwischenveranlagung verlangt werden?	434
2. Welche Abzugsmöglichkeiten sind im Auge zu behalten?	434
3. Wie werden Leistungen an Entlassene/Stellensuchende besteuert?	435
4. Notlage	435
Sachregister	437
Autorenverzeichnis	467